

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. - Durch Kundträger oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.

Postfachkonto, Nr. 22885  
„Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Kostenpreis: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung oder deren Raum 0,90 Mk., einwärts 1,00 Mk. Ausland und Werbungspreise, Belegblätter und Werbungsblätter 0,50 Mk. Restname: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung oder deren Raum, hinter Zert. 2. - 111.

## Politische Uebersicht.

### Spanien.

Die Konferenz wurde am Dienstag auf unbestimmte Zeit vertagt, ohne daß es zu irgendwelchen Beschlüssen in der Kohlen- und Wiedergutmachungsfrage gekommen ist. Die Gegensätze zwischen den Alliierten und Deutschland in Bezug auf die Menge der zu liefernden Kohle bestehen unvermindert an. In der Debatte über die Kohlenfrage benutzte der Außenminister Simons die Gelegenheit, die baldige Ansetzung des Abstimmungsstermins in Oberschlesien und weiter die völlige Aufhebung der Abstimung (infolge der polnischen Niederlage!) zu fordern. Daraus ergab sich der Konflikt, der mit der Verlegung auf unbestimmte Zeit endete.

### Bayern, die reaktionäre Hochburg.

Wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ mitteilt, beabsichtigt die Leitung der Einwohnerwehr Münchens eine Erklärung abzugeben, daß sie sich der Entwaffnung unter keinen Umständen fügen werde.

### II.

Die beiden Rechtsparteien in Bayern, Deutsche nationale und Deutsche Volkspartei, haben sich im bayerischen Landtag zu einer Fraktion vereinigt. Sie führt den Namen „Fraktion der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei“. Die Fraktion zählt 18 Mitglieder und einen Hospitanten, den in Nürnberg gewählten Abgeordneten der Mittelstandsvereinigung. (Schlef. Stg.)

### In Dresden und Berlin

kam es erneut zu Marktcravallen und Feuerungs-Demonstrationen.

### Die Umformung der Sipo.

Wie die „Telegraphen-Union“ meldet, trafen am Mittwoch die Oberpräsidenten der verschiedenen Provinzen, sowie die Leiter der Sicherheitswehr in Berlin ein, um unter Leitung des Ministers Seegering in eine besondere Konferenz einzutreten. Gegenstand der Verhandlungen bildet im wesentlichen die bevorstehende Umformung der Sicherheitswehr.

Die Sipo wird also bleiben was sie war: Eins der Instrumente der Bourgeoisie gegen das Proletariat!

### Polen.

Der Siegeszug der Bolschewiken dauert an. Minsk soll bereits wieder in ihrem Besitz sein. Auch die litauischen Truppen rücken weiter vor und stehen nur noch wenige

Kilometer vor Wilna. Die Polen brennen darauf, mit Sowjetrußland Waffenstillstandsverhandlungen zu beginnen. Die Bedingungen der Entente für Polen sind folgende:

Polen soll dem Obersten Rat unter Verzicht auf jeden imperialistischen Plan bedingungslos die Grenzfestsetzung und auch die Entscheidung hinsichtlich Danzigs und Teschen überlassen. Die polnischen Truppen sollen sich auf die Linie Grodno-Brest-Litowsk zurückziehen und die Sowjettruppen bis zu einer Linie 50 Kilometer davon entfernt vorziehen. Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten sollten. Die Friedenskonferenz soll in London zusammengetreten. An ihr sollen teilnehmen: Sowjetrußland, Polen, Finnland, Litauen und Belgien, das die Möglichkeit haben soll, sein Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen.

Es verlaute, daß Sowjetrußland diese Bedingungen der Entente zurückweisen wird. Hoffentlich!

### Rußland und Kanada.

Montreal. Die Syndikate, die mit der Sowjetregierung über Warenlieferung für zehn Millionen Dollar abgeschlossen haben, teilen mit, daß die Frage der Kredite befriedigend geregelt worden sei, so daß die Sendungen unverzüglich beginnen können. - Die kanadische Regierung hat die Erlaubnis zur Errichtung eines russischen Handelskontors in Kanada gegeben.

### Kraffin wieder auf dem Wege nach London.

Kraffin ist von Moskau abgereist, um nach England zurückzukehren und dort die Verhandlungen mit der britischen Regierung wieder aufzunehmen.

### Die sterbende Internationale.

Der Auflösungsprozess der 2. Internationale schreitet immer weiter fort. Nachdem ihr eben erst die spanischen Sozialisten und die bulgarischen „weißherzigen“ Sozialisten eine Abgabe erteilten, haben nun auch die lettischen Sozialisten am 28. Juni einstimmig beschlossen, sich am Genfer Kongress der 2. Internationale nicht mehr zu beteiligen. Dieser Beschluss wurde, wie die „Humanität“ mitteilt, sogleich dem Sekretär Hymans zur Kenntnis gebracht.

### Die Internationale der Konterrevolution.

In Wien verlaute, daß sich in Budapest 200 reichsdeutsche Offiziere befinden, die nach dem Kamp-putsch nach Budapest gelangt sind. Sie haben sich in zwei Offizierskompagnien organisiert und beziehen ihr Offiziersgehalt von einem monarchistischen Fonds in Deutschland.

Ebenso befindet sich in Ungarn, nahe der kroatischen Grenze, eine Partei aus böhmisches monarchistischer Offiziere, die aus einem ähnlichen Fonds bezahlt werden. Es ist also klar, daß Ungarn für die monarchistischen Mächte Mitteleuropas ein Asyl bietet.

## Reinigung.

### Eine Antwort an die „Volkswacht“ und die S. P. D.

Seit der Novemberrevolution 1918 ist die Unabhängige Sozialdemokratie die unbestrittene Führerin der Massen des revolutionären Proletariats. Die Stärke ihrer Grundzüge ist die Stärke ihrer verbundenen Kraft im Proletariat. Der Leipziger Parteitag legte das Programm und die Forderungen unserer Partei im Aktionsprogramm fest. Das Bekenntnis, in Wort und Tat, zur Diktatur des Proletariats und zum Räteismus als notwendige Mittel zur Erringung des Sozialismus, zeigte klar den Weg der künftigen Arbeit an der Sache des werktätigen Volkes.

Die historische Entwicklung der U. S. P. D. war zunächst auch auf die Zusammenlegung ihrer Führerschaft von Einfluß. Als die einzige Partei in Deutschland, die während des Weltkrieges unermüdet dem Militarismus den Spiegel vorhielt und den kapitalistischen Krieg bekämpfte, mußte sie naturgemäß auch Personen anziehen, deren Anschauungen bürgerlich-pazifistisch und nicht sozialrevolutionär waren. Daneben beherbergte die Partei eine ganze Anzahl Männer, deren Auffassung über den Weg zum Sozialismus sich in rein demokratischen Bahnen bewegte, die lediglich um ihrer Kriegsgegnerchaft willen die Partei der Kreditbewilliger verließen.

Die Geschichte der Gegenrevolution in den gestürzten Monarchien Mitteleuropas hat dem Proletariat den Zusammenbruch der bürgerlichen Demokratie offenbart. Angesichts der besonderen Lehren der deutschen Konterrevolution hatte die Unabhängige Sozialdemokratie die Pflicht, ihre

grundtätige Forderung nach der Diktatur des Proletariats immer schärfer herauszuarbeiten, um der deutschen Arbeiterklasse die nachmaligen Enttäuschungen unter dem Banner der „Demokratie“ zu ersparen. So geschah es, daß einige sozialistische Theoretiker, die in der U. S. P. organisiert waren, in immer schärferem Widerspruch mit dem Aktionsprogramm der eigenen Partei gerieten. Restriktive, Vernünftige gründeten die Zentrale für die Einigung der Sozialdemokratie und schieden aus der U. S. P. aus, da sie die Diktatur des Proletariats verwarfen. Andere Theoretiker, die vor allem Ströbel und Kautsky, gehörten formell weiterhin der Partei an. In ihren Schriften bekämpften sie jedoch die Grundzüge der U. S. P. D. auf das heftigste. Nach der „Diktatur des Proletariats“ weiterete Kautsky in seiner antibolschewistischen Schrift „Terrorismus und Kommunismus“ leidenschaftlich gegen die Grundzüge der U. S. P. D. Die bürgerlich-rechtssozialistische Presse zierte mit besonderem Vergnügen die Unabhängigen Ströbel-Kautsky gegen die Unabhängige Partei.

Die rechtssozialistische Presse benutzte den Ausschluß Ströbels aus der U. S. P. Stetlich bei Berlin und denjenigen des früheren Vorsitzenden der U. S. P. München, Fritz Schröder, um für ihren klapprigen Parteianwalt Proletariats zu machen. Dabei gibt sie sich verächtlich der Hoffnung hin, daß Kautsky bald als wissenschaftliche Koryphäe den bankrotten Reformsozialismus wieder in Kredit bringen möchte. Ob der Politiker Kautsky sich dazu hergeben wird,

wissen wir nicht. An dieser Stelle möchten wir nur darauf aufmerksam machen, was Kautsky in seinem neuesten Beitrag zur „Internationale“ auf Seite 31/32 über die politischen Parteien schreibt:

Jede Partei kann nur eine Vereinigung Gleichgesinnter sein. Es steht bei ihr, zu bestimmen, welche Anschauungen mit der Angehörigkeit zu ihr vereinbar sind, welche nicht. Es gibt keinen prinzipiellen Anspruch auf Toleranz in Bezug auf Parteimitgliedschaft. Als Demokraten müssen wir verlangen, daß der Staat Toleranz gegenüber allen Überzeugungen, und daß jede Partei nicht minder wie der Staat davon absieht, die Propagierung gegenseitiger Anschauungen mit Gewaltmitteln zu unterdrücken.

Wenn dagegen eine Partei als ihr Mitglied aufzutreten will oder nicht, ist bloß eine Sache der Zweckmäßigkeit. Sie kann nur solche Mitglieder brauchen, deren Mitgliedschaft ihren Zwecken dienlich ist. Ich habe nie das Gezeir über Intoleranz begriffen, das regelmäßig angesprochen wurde, wenn jemand aus der Sozialdemokratie wegen Meinungen ausgeschlossen wurde, die der Mehrheit unzulässig und schädlich erschienen.

Zwei Momente kommen für die Begrenzung der Mitgliedschaft einer Partei in Betracht. Sie muß wachsen, möglichst stark zu sein, das heißt auf der einen Seite möglichst zahlreich, auf der anderen Seite möglichst einheitlich. Diese beiden Momente stehen im Gegensatz zu einander. Die Partei wird um so einheitlicher sein, je mehr man die geistige Abereinmündung der Mitglieder fördert.

Je strenger man dabei vorgeht, desto mehr verengt sich ihr Kreis. Andererseits, je weiter man ihren Kreis ziehen will, desto mehr muß man über die Verschiedenheiten in den Ansichten der Mitglieder ein Auge zudrücken. Eine der großen Mängel der Parteipolitik besteht darin, stets die richtige Mitte zwischen den beiden Extremen zu finden. Bestimmte Regeln lassen sich dafür nicht geben, für dieselbe Partei kann unter verschiedenen Umständen bald ein Verbot des einen, bald des anderen Momentes geboten sein. Es werden auch nicht alle sozialistischen Parteien der Internationale gleichzeitig in derselben Weise über das innerhalb der Partei gestellte Maß von Toleranz denken. Wohl aber darf man sagen, daß für die Mitgliedschaft in der Internationale selbst ein großes Maß von Toleranz geboten ist, als innerhalb der Partei eines einzelnen Staates in der Regel am Platz sein wird.

Doch gibt es natürlich auch für sie Grenzen. Elemente, die nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis Schritt und Tritt gegeneinander statt miteinander arbeiten, gehören nicht in eine gemeinsame Organisation.

Mit diesen Worten ist die Möglichkeit des ferneren Wirkens derjenigen Kreise, die nicht hinter dem Leipziger Aktionsprogramm stehen, innerhalb der U. S. P. klar zum Ausdruck gebracht. Es ist dann lediglich eine Frage der Taktik, ob der theoretische Gegner der Partei den Austritt selbst vollzieht oder ob er ihn vollziehen läßt. Im Interesse der revolutionären Aufklärung der Massen kann unter Umständen das letztere nicht ohne Nutzen sein.

Die „Volkswacht“ veröffentlicht einen Brief des Genossen Dr. Richard Grelling, den der Verfasser der Schrift „L'accuse“ aus Florenz an einen Genossen der U. S. P. D. gerichtet hat. Dieser Brief ist datiert vom 17. Juni und kritisiert das Verhalten der Partei zur Regierungsbildung. Er ist ein typisches Zeugnis für die Denkart der Pazifisten und widerspricht grundsätzlich der Auffassung unserer Partei über die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Grelling schreibt u. a.:

Ich muß offen bekennen, daß die angebliche Haltung der U. S. P. und sozialistischen Parteigenossen hier im Ausland unverständlich, ja geradezu rätselhaft erscheint, und daß die Enttäuschung in maßgebenden Kreisen italienischer Politiker, die von dem Wachstum der U. S. P. eine Konsolidierung der deutschen Republik erwarteten, angesichts des heutigen Zustandes eine noch größere ist, als unter uns deutschen Sozialisten und Republikanern. Wenn infolge der Beigerung der U. S. P. in eine Koalitionsregierung mit der S. P. D. und unverlässig-republikanischen Volksdemokraten, vielleicht auch Gewerkschaftsleuten aus dem Zentrum, einzutreten, eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, die gewinnbringend weit nach rechts Anschlag suchen muß, wenn dadurch alle Erzeugnisse der Revolution, vor allem die Republik selbst, gefährdet, die Ursache in Deutschland in Permanenz erkrankt, das Vertrauen des Auslandes aufs äußerste geküchelt, der wirtschaftliche Aufstieg auf unabsehbare Zeit gehemmt wird, - so wird wohl jeder dem neuen Deutschland wohlgesinnte Politiker im Ausland - und das sind hier die Politiker aller Parteien - die Schuld an solchen neuen Katastrophen ausschließlich der jämlich verhassten Politik der U. S. P. zuschreiben.

Grelling empfiehlt der Partei eine Regierungsbildung mit dem Bürgertum, um die deutsche Republik zu „konsolidieren“. Das heißt unter den jetzigen Verhältnissen die kapitalistische Republik Deutschland festigen. Grelling weist dann weiter auf ein Interim hin, das er einem bürgerlichen Pressevertreter gegeben hat und bemerkt, daß man in der „tonangebenden italienischen Presse“ von einem Zusammenstoß der beiden sozialdemokratischen Parteien zu einer gemeinschaftlichen Regierung - nötigenfalls unter Hinzunahme streng-republikanischer Elemente aus der bürgerlichen Linken - allein das Heil für Deutschland erwartet. Leider richtet sich die U. S. P. D. nicht nach der Meinung

\*) Auf Kautsky: Vergangenes und Zukünft der Internationale. Wien, 1920. Verlag der Wiener Volksbuchverlagsanstalt.

gebenen Bürgerpresse in Italien, sondern läßt sich lediglich von dem Interesse der Revolution, das mit dem des Proletariats zusammenfällt, leiten.

Der Brief Grollings zeigt, daß in den Köpfen mancher Genossen noch immer pazifistische Illusionen spulen. An dem festen Willen und an der klaren sozialistischen Erkenntnis der Parteimitglieder müssen solche Verwirrungsversuche scheitern. Die revolutionäre Entwicklung mit ihren Tiefen und Höhen wird immer wieder die einzelnen politischen Ereignisse zur Diskussion stellen. Daß wir an diesem Auf und Ab nicht irre werden, an uns selbst und am Sozialismus, dazu verhilft uns die eigene Klarheit und Grundhaftigkeit. Sie ist der Stern, unter dem die Partei groß wurde. Sorgen wir durch sachliche Prüfung unserer Politik dafür, daß er nicht verbläht.

## Wirtschaft?

(Fortsetzung.)  
II.

D. Li. Die Finanzlage der Republik Deutschland wird von Tag zu Tag katastrophaler. Der Krieg, der dem jungen deutschen Imperium die Hegemonie über alle anderen kapitalistischen Mächte erbringen sollte, legte den Grund zu dem ungeheuerlichen Defizit, in dem Deutschland dank dem Weiterbestehen der privatkapitalistischen Profitwirtschaft mehr und mehr versinkt. Bekanntlich bestand die deutsche Finanzpolitik während des Krieges in der zu einfachen, beifälligen und auf Sieg-Zukunft bauenden Methode, die ständig üppiger anschwellenden Ausgaben zum größten Teil mit Hilfe von Anleihen zu decken, statt wie z. B. in England den Defizit sofort in scharfer Weise zur Tragung der Kosten heranzuziehen. Das deutsche Volk, das unter der Liquidierung des jahrelangen Krieges (der Kapitalisten) fürchterlich genug zu leiden hat, vergesse nicht, daß Herr Helfferich und Konsorten, all diese zynischen Mephistos und dummen-unverantwortlichen Phrasen der Reaktion (bis zur Scheidemann-Gruppe), so oft mit großer Gesten erklärten, daß der unausbleibliche Sieg über die Feinde, die das Vaterland so heimtückisch überfallen haben, sie zwingen werde, nicht nur die Kriegskosten Deutschlands und seiner erkrankten Verbündeten bis zum letzten Pfennig zu tragen, sondern noch darüber hinaus beträchtliche Bußsummen zu entrichten. Und so wurde eine schwarz-weiß-rote Anleihe nach der anderen aufgelegt und gezeichnet, neue Steuern (natürlich waren wieder die indirekten, volksbelastenden Tramp) zur Erfüllung des immer mehr anwachsenden Zinsendienstes verordnet, die Produktion war schließlich nur noch auf Herstellung (Kriegsbedarf) eingestellt, Menschen und Sachen dem schlimmsten Raubbau anvertraut (Ueberanstrengung, Ersatz- und Verloberungswirtschaft) — kurz: rapid wachsende Misereverfälschung, galoppierende Schwundacht der Wirtschaft bildeten die Leiden jener glücklichen Zeit; aber wir werden siegen, weil wir siegen müssen, und dann bezahlt der Feind die ganze Zech, dann haben wir das erträumte Eldorado, so lange manzweigt die unentwegten Kriegsschuldlosen, Kapitalisten und deren Ideologen, Säuer, Karren und Dümmlinge.

Der Wirtschaftsanarchie der Kriegszeit folgte das vollkommene Chaos nach dem militärischen Zusammenbruch bis heute. Da das Bürgerium, abgesehen von einer kleinen besorglosen Klasse, mit intensiver Unterstützung der Scheidemannschen Kriegs- und Besatzungspatrioten an Aender blieb, keine Macht sich fortgesetzt konsolidierte, geriet die Wirtschaft (oder besser die Reste einer ehemals angeschuldeten Wirtschaft) in einen immer tolleren Wirbel, in eine immer schlimmere Unmöglichkeit zum Schaden für die Allgemeinheit, für den Staat und zum Segen für die Profitklinge, für die großen und kleinen Schieber. Die Produktionsproduktion (oder Nichtproduktion wie jetzt: Stilllegung der Betriebe des Profits wegen) blühte und blüht weiter, es kam die „siegbringenden“ Salzungskräfte, die

Milliardenverschiebungen deutscher Wertesins Ausland, um dem Steuerflus eine lange Nase zu machen, es kam die unerhörteste Lenerung aller Waren, natürlich auch der, die der Staat kauft (und die Löhne erreichten das Existenzminimum nicht), die ständig weiter wachsende Papiergeldüberflutung, die ungeheuren Ausgaben des Reichs für den Bürgerschutz, die Reichswehr, für die Kriegsoffer und soziale Fürsorge überhaupt und die Entschädigung an die Sieger, an die Entente. Der Totentanz der Wirtschaft, hervorgerufen durch den wahnwitzigen Krieg und die wahnwitzige Privatwirtschaft nach dem Kriege, ist lange da und zeigt sich kraft in der Finanzlage des Reiches.

Am 1. Juli hielt der Reichsfinanzminister Wirth im Reichstag eine sehr bemerkenswerte Rede über die Geldsituation der Republik, die zu wichtig ist, als daß man an ihr achtlos vorübergehen dürfte. Er sagte nach dem Sitzungsbericht u. a.:

Die Anfänge der jetzigen Finanzkrise greifen schon bis in die ersten Zeiten des Krieges zurück, denn schon damals setzte die schlechende Erkrankung unserer Finanzen ein und verschärfte sich seitdem andauernd. Schon damals

## Bebel und der Parlamentarismus.

Der S. P. D. zur Kenntnis.

Wer freilich glaube, daß auf dem heutigen parlamentarisch-konstitutionellen Wege die letzten Ziele des Sozialismus erreicht werden könnten, kenne entweder dieselben nicht oder sei ein Betrüger.

(Bebel: Parteitag zu St. Gallen 1887.)

bestand ein Defizit von drei Milliarden Mark, ungerechnet die Summen, die man ausgeben mußte für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Der eigentliche Raubbau an der physischen, materiellen und finanziellen Kraft unserer Nation begann im Jahre 1917. Der Krieg wurde dauernd kostspieliger, die Lenerung stieg, eine fortschreitende volkswirtschaftliche Verarmung trat ein.

Mit dem militärischen und politischen Zusammenbruch begann dann die geradezu beängstigende Zunahme der schwebenden Schuld; denn einerseits fehlten im Reich größere Steuerquellen, ferner die Grundlagen für die Aufnahme von festen Anleihen, andererseits waren die Kriegsaufgaben infolge des Krieges zu bewältigen. Seine Liquidation kostete Monat für Monat Milliarden und wird auch weiterhin noch große Summen verschlingen. Die Ausgaben für einen unerledigt harten Frieden, die gewaltigen Summen für die Verbilligung der Lebensmittel und andere volkswirtschaftliche und soziale Zwecke. Dazu kommt der unheimliche und unerhörte Zusammenbruch unserer Währung. Der Haushalt des Jahres 1919, die geradezu fabelhafte Summe von rund 74 1/2 Milliarden übersteigt geradezu jedes Vorstellungsvermögen. 24 1/2 Milliarden entfallen davon auf den Kriegsfonds, 17 Milliarden werden zur Ausführung des Friedensvertrages und 16 Milliarden für die Abwicklung und Wiederherstellung verwendet. Die Lebensmittelmilliarden, die Hunderte von Millionen für die Verbilligung der Dantätigkeit und viele ähnliche Summen zeigen, wie ungeheuerlich die Wirkungen des Krieges die Volkswirtschaft belasten. Die wichtigsten Ausgaben für den neuen Etat von 1920, der nur in den großen Rhythmen im wesentlichen feststeht, stellt sich wie folgt: 23,8 Milliarden fortwährende Ausgaben und 4,2 Milliarden einmalige Ausgaben. Davon entfallen auf die Reichsschuld 12,4 Milliarden, Pensionen, Militärrenten und Hinterbliebenenversorgung 3,9 Milliarden, auf die neue Versorgungsordnung 3 Milliarden, für die Volksernährung

3 Milliarden, für Heer und Marine 1,9 Milliarden, für das Reichsarbeitsministerium einschließlich der Behandlung der Kriegsbeschädigten usw. 1,1 Milliarden, für alle übrigen Zwecke 2,7 Milliarden. Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts sollen ergeben an Verwaltungseinnahmen 0,2 Milliarden, an direkten und Verbrauchssteuern 10,8 Milliarden, an einmaligen direkten Steuern 3 Milliarden, an Einnahmen aus dem Baadwesen und den Ausfuhrabgaben 2 Milliarden und an Einnahmen aus noch nicht bewilligten Steuern 2,9 (!) Milliarden. Wenn diese letzte Summe bewilligt wird und einkommt, dann wird im ordentlichen Haushalt zum erstenmal seit der Vorkriegszeit wieder ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben erlangt werden. Was den außerordentlichen Haushalt anbelangt, so sind ohne die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen an Ausgaben vorgesehen: 11,6 Milliarden Mark, darunter 5 Milliarden Mark für den Friedensvertrag, die voraussichtlich aber nicht ausreichen, 2 Milliarden für Abwicklung des alten Heeres und der alten Flotte. Die Ausgaben für die Kriegsgefangenen und ebenso die infolge der Sammlschäden sind mit je einer Milliarde Mark angelegt. Die Post rechnet mit einem Fehlbetrag von 870 Millionen Mark, die Eisenbahnverwaltung mit 14 bis 15 Milliarden Fehlbeträgen. Ursachen dieser Fehlbeträge sind der Raubbau während des Krieges mit unserm Verkehrsweisen, die Schädigungen infolge des Waffenstillstandes durch die Unterlassung der rechtzeitigen Vornahme von Reparaturen und sonstige Schäden. Der Hauptgrund der außerordentlich schlechten Lage unserer Verkehrsverwaltungen liegt in den riesenhaft steigenden Personalauswendungen, in denen noch kein Aufhören zu erblicken ist. Beim Verkehrsweisen zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung der noch vor einigen Monaten soviel gepriesenen Theorie der Ausgleichung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise. Das Verkehrsweisen kann mit Rücksicht auf die eigne Rentabilität und mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft die Tarife nicht beliebig erhöhen. Wenn die Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen zusammen etwa 15 bis 16 Milliarden ausmachen werden, so ergibt sich ein Gesamtaufwand aus dem außerordentlichen Etat von 26,6 bis 27,6 Milliarden Mark, so daß wiederum ein Etat von insgesamt 54 1/2 bis 55 1/2 Milliarden vor uns steht. Bei derartigen Anforderungen wachsen selbstverständlich die Schulden des Reichs lawinenhaft. Gegenwärtig betragen sie rund 209 Milliarden. Da das Reich auch aufzulommen hat für Kriegsauswendungen der Länder und Gemeinden, ferner für die Abfindungen im Zusammenhang mit der Uebernahme der Eisenbahnen, so ergibt sich eine Reichsschuld von ungefähr 265 Milliarden Mark.

(Fortsetzung folgt.)

## Republik Deutschland

### Abgründe menschlichen Glends.

In den Schichten des Proletariats, auf denen der Fluch des kapitalistischen Systems am härtesten lastet, gehörten von jeher die Textilarbeiter. Um ein Weniges vermochte der Textilarbeiterverband da und dort das Glend der Textilarbeiter zu mildern. Unbeschreiblich aber ist die Not, der die Heimarbeiter durch ein geldgieriges, verbrecherisches Unternehmertum preisgegeben sind. Diese Kreaturen führen, wo grinsendes Glend sie umgibt, ein üppiges Wohlleben. Sie hausen in eleganten Villen, während ihre Sklaven auf — mit Verlaub zu sagen — Bohrräume angewiesen sind, die den Herren manchmal für ihre Hunde zu schlecht wären.

Uebertreiben wir? Amlich ermittelte Angaben mögen zeugen. Das Organ der deutschen Textilarbeiter veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 9. Juli einen Auszug aus dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1919, dessen Zahlenmaterial die trostlose Lage der vogtländischen

### N. Lenin.

## Werden die Bolschewiki siegen?

Uebersetzt von Senipp.

(4. Fortsetzung.)

Die Schriftsteller aus der „Kowaja Schiza“ zählen sich alle wenn nicht zu den Margiken, so doch zu den gebildeten Sozialisten, die mit dem Marxismus bekannt sind. Marg hat aber auf Grund der Erfahrungen der Pariser Kommune gelehrt, daß das Proletariat nicht einfach die fertige Staatsmaschine erben und sie für seine Ziele in Bewegung setzen kann, vielmehr muß sie das Proletariat zerlegen und durch eine neue ersetzen. (Gegenüber dem habe ich in einer Broschüre dargelegt, deren 1. Teil nach unter dem Namen „Etat und Revolution“.) Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution“) erscheinen wird.) Diese neue Staatsmaschine war von der Pariser Kommune und Lenin geschaffen, und einen ähnlichen „Staatsapparat“ bilden die russischen Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern-Deputierten. Auf diesen Umstand habe ich seit dem 4. April 1917\*) mehrmals hingewiesen, davon ist die Rede in den Resolutionen mehrerer kommunistischer Konferenzen, sowie in der kommunistischen Literatur. Die „Kowaja Schiza“ wurde erstlich erklärt, daß sie weder mit Marg noch mit den Bolschewiki einverstanden ist; aber diese Frage gehörte zu sagen, hieses eine Prüfung, die so oft und so erhaben den Bolschewiki deren angeblich nicht erste Befragung

mit schwierigen Fragen vorwärts, bedeutet, sich ein Armutszeugnis auszustellen.

Das Proletariat kann nicht den Staatsapparat „bewältigen“ und ihn „in Bewegung setzen“. Aber es kann alles Unterdrücken, Unverbesserlich-Ausbeuterische im alten Staatsapparat zerlegen, indem es an seine Stelle keinen eigenen, neuen Apparat setzt. Diesen neuen Apparat bilden die Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauern-Deputierten.

Es ist geradezu unerschrocken, daß die „Kowaja Schiza“ diesen „Staatsapparat“ ganz einfach abgelehnt hat. Zudem sie dies in ihren theoretischen Konstruktionen tut, wiederholt sie eigentlich im Gebiet der politischen Theorie dasselbe, was die Arbeiter in der Praxis tun, wenn das Proletariat auf die revolutionäre Demokratie keinen neuen Staatsapparat braucht, dann vertritt die Sowjets jeden Sinn und Gegenüberstellung, dann haben die Arbeiter recht, wenn sie die Sowjets vernichten wollen.

Das ist ein ungeheurer theoretischer Fehler und politische Blindheit, um so ungeheurer, als sogar die Bolschewiki Internationalisten (mit denen sich die „Kowaja Schiza“ bei den letzten Staatsverhandlungen in Petersburg verstanden hat) in dieser Frage eine gewisse Annäherung an die Bolschewiki an den Tag gelegt haben. So lesen wir in jeder Deklaration der Sowjetschheit, die Genosse Martow auf der „Demokratischen Konferenz“ verfaßt hat:

„Die Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten-Deputierten, geschaffen durch einen mächtigen Druck einer Volksbewegung, bilden jetzt eine neue Geweide einer unerschütterlichen Staatlichkeit, das das sogenannte Geweide des alten Regimes ersetzt hat.“

Das ist ein wenig zu sagen, d. h. die Schuld der Arbeiter vertritt hier den Mangel an Klarheit des politischen Schenkens. Die Sowjets haben noch nicht das alte „Geweide“ ersetzt und dieses alte „Geweide“ ist durchaus nicht die Staatlichkeit des alten Regimes, sondern sowohl Staatlichkeit des Parlament als auch einer bürgerlichen Re-

publik. Aber jedenfalls steht Martow hier um zwei Köpfe höher als die „Kowaja Schiza“.

Die Sowjets bilden einen neuen Staatsapparat, der 1. die bewaffnete Macht der Arbeiter und Bauern ergibt, wobei diese Macht vom Volke nicht abgetrennt ist, wie die Macht des alten stehenden Heeres, sondern in engster Weise mit ihm verbunden; in militärischer Hinsicht ist diese Macht unvergleichlich stärker, als die frühere; in revolutionärer Beziehung ist sie unerlässlich.

2. Dieser Apparat gibt eine so enge, leicht kontrollierbare und erneuerbare Verbindung mit den Volksmassen, daß etwas Kefaliches im alten Staatsapparat gar nicht denkbar ist.

3. Dieser Apparat ist kraft der Wählbarkeit und Absetzbarkeit seines Bestandes nach Willen des Volkes, ohne bürokratische Formalitäten, viel demokratischer als die früheren.

4. Er ermöglicht eine feste Verbindung mit den verschiedensten Berufsarten und erleichtert somit die Durchführung tiefgreifender Reformen ohne Bürokratie.

5. Er bildet die Form der Organisation des Vorkontroll, d. h. des voranschreitenden, energischeren, bewaffneten Zeils der unterdrückten Klassen, Arbeiter und Bauern, indem er als Apparat erscheint, durch dessen Vermittlung der Vorkontroll der unterdrückten Klassen die große Masse, die bisher fern des politischen Lebens und der Geistesgeschichte gestanden hat, heben, erziehen, belehren und führen kann.

6. Er gibt die Möglichkeit, die Vorteile des Parlamentarismus mit den Vorteilen der unmittelbaren und direkten Demokratie zu vereinen, d. h. die gesetzgeberische Funktion mit dem Vollzug der Gesetze zu verbinden. Im Vergleich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus bedeutet das einen Schritt nach vorwärts in der Entwicklung der Demokratie, der weltgeschichtliche Bedeutung hat.

Unsere Sowjets im Jahre 1905 waren nur Reime, weil sie nur einige Wochen existiert haben. Es ist klar, daß von ihrer allseitigen Entwicklung unter den damaligen Umständen keine Rede sein konnte.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Nach 1919 erschienen in Berlin die „Missa“, Berlin, mit der „Schippeler“, Berlin.

\*) Die Erfahrungen der ersten beiden Revolutionen zeigen, daß auf das Proletariat von oben herab und durch die Hände der Schieber keine Hilfe zu erwarten ist. (S. 1. und 2. Kapitel.)

\*) Den Tag, an dem Lenin nach mehrjähriger Exilzeit aus dem Ausland zurückkehrte.

# 4 große öffentliche Volksversammlungen

finden Donnerstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

**Kronprinz, Westendstraße 50/52**

**Wilde, Ofener Straße 122**

**Bräuer, Gabitzstraße**

**Sanssouci, Mehlgasse.**

Thema: „Arbeitslosigkeit, Lohnabzug und Lebensmittelteuerung.“

Referenten: Genossen Ziegler, Gruschwitz, Jäschke, Eckert.

Arbeiter, Angestellte erscheint in Massen!

Der Ortsrat.

Heimindustrie grell beleuchtet. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben im Laufe des Berichtsjahres folgende Stundenlöhne in der Hausarbeit festgestellt:

Zwickau.		
Papierblumen	10-20 Pf.	
Stepperei	50-60	
Bürsteneingehen	20-60	
Stillestopfen	30-60	
Gertranjenarbeit	15-40	
Puppenarbeit	30-60	
Hohlragenmäherei	30-60	
Klöppelei	10-30	

Blauen.		
Ausschneiden (Bädeln)	10-30 Pf.	
Küllwiebeln	25-40	
Widlersticken	100-125	
Singersticken	75-90	
Monogrammsticken	25-35	
Kranzknüpfen	25-35	

Auerbach.		
Haararbeiten	40-60 Pf.	
Haarstülfpöppelei	15-25	
Bürsteneingehen	25-50	
Stepperei	50-100	
Papierblumen	8-15	
Richten in der Musikinstrumentenindustrie	40-65	
Sticken in d. Musikinstrumentenindustrie	15-20	

Diese Sätze, die eine Steigerung der erbärmlichen Friedenslöhne um 100 bis 200 Prozent bedeuten, ergeben folgenden Durchschnittslohn:

	Mindestlohn p. Std.	Gesamtlohn p. Std.
Zwickau	24,3 Pf.	41,8 Pf.
Blauen	43,8	69
Auerbach	37,8	47,8

Vom Achtstundentag wissen die Patrias des Vogtlandes natürlich nichts. Nehmen wir eine durchschnittliche Arbeitszeit von täglich 10 Stunden und jährlich 300 Arbeitstage an, so ergibt sich ein

durchschnittliches Jahreseinkommen für einen Heimarbeiter:	
in Zwickau (3,30 Mk. Tagelohn)	von 990 Mk.
in Blauen (5,10 " Tagelohn)	von 1530 "
in Auerbach (3,78 " Tagelohn)	von 1134 "

Was diese Zahlen bedeuten, kann man ungefähr ermessen, wenn man sich erinnert, daß nach den Berechnungen von Ruchynski die Lebenshaltung in Groß-Berlin im Mai ds. Js. etwa zwölfmal soviel als im Frieden kostete, daß für eine vierköpfige Familie ein Jahreseinkommen von 19300 Mark zur Bestreitung des Existenzminimums erforderlich ist. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Lebenshaltung im Vogtland billiger ist als in Berlin und man weiter annimmt, daß mehrere Familienmitglieder das oben erwähnte Jahreseinkommen erzielen, bleibt es rätselhaft, wie sich diese Menschen vor dem Hungertode schützen.

Im Bunde mit ihren Klassenossen des ganzen Reiches werden die Proletarier des Vogtlandes kämpfend dem kapitalistischen Tollhaus entrinnen, das erst wird dieses Schandmal für immer ausgerottet werden.

## Schlichtes Anti-Streitgesetz.

Die rechtssozialistische Saat geht auf. Die bürgerliche Regierung Fehrenbach hat die famose Schlichtesche Schlichtungsordnung, die die gesetzliche Regelung aller Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorsieht, zum Hausgebrauch fertiggestellt. Es werden nach vorliegendem Entwurf folgende Schlichtungsorgane gebildet: Schlichtungsausschüsse, Bundesschlichtungsausschüsse, ein Reichseinigungsamt. Oberstes Organ ist das Reichsarbeitsministerium. Fest steht die neue Bestimmung der Schlichtungsordnung, daß der Schlichtungsausschuß von den Arbeitgebern angerufen werden muß, wenn diese eine Ausperrung beabsichtigen, und daß ebenso die Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuß in Anspruch nehmen müssen, wenn sie die Arbeit einstellen wollen. Ausperrungen und Arbeitsentstellungen sind unzulässig, bevor nicht der Schlichtungsausschuß angerufen und eine Einigung zustande gekommen oder ein Schiedsspruch gefällt ist. Die „wilden Streiks“ sind überhaupt verboten.

Die gesamte Arbeiterklasse muß gegen diese Entrossung ihrer Koalitionsfreiheit, gegen die Aufhebung des Streikrechts Sturm laufen. Dabei darf sie nicht vergessen, daß es Regisozialisten sind, denen sie dieses Schandgesetz verdanken wird.

## Rätenachrichten.

### Arbeiterräte.

wie führt Ihr die Sozialisierung durch?

Von Dr. Alfons Goldschmidt (Buchverlag „Räte-Bund“, Berlin NW. 6.) (Fortsetzung.)

Es kommt darauf an, den Räten sofort, im Augenblick der Proklamation einer neuen Wirtschaftsordnung, einer neuen Gesellschaftsordnung, der Proklamation der wirklichen Sozialisierung Arbeit zuzuweisen, und zwar so, daß die Arbeit das

Gefühl des Eigentumsüberganges weckt, den Wunsch zum Eigentumsübergang befriedigt, die Kräfte anspannt und das Verantwortungsgewissen stärkt. Denn darauf kommt es an. Jeder Rat, jedes Rätemitglied soll wissen, daß nunmehr von ihm das Gesamteigentum zugunsten der Gesamtheit verwaltet werden muß. Jedes Rätemitglied muß wissen, daß das, woran es arbeitet, das Produktionsmittel, an dem es schafft, ihm für die Gesamtheit gehört.

Das ist das Psychologische des Sozialisierungsbeginns. Kommt dieses Gefühl, dieses Wissen nicht auf, dann allerdings bestehen schwere Erschütterungsgefahren.

Wie weckt man, wie festigt man, wie sichert man das Gefühl und das Wissen? Indem man zweckmäßige, der Räteidee, dem Kontrollordnen von unten, dem wahren Sozialismus entsprechende Arbeit überweist. Wie muß diese Arbeit sein? Welche Arbeit muß es sein? Es muß Arbeit sein, deren Zweckmäßigkeit sofort einleuchtet.

Was ist zunächst zweckmäßig, was ist zunächst notwendig? Die kapitalistische Wirtschaft, die Privateigentumswirtschaft, frunkte an Unübersichtlichkeit. Ein Grundunterschied zwischen Privateigentums- und kommunaler Wirtschaft, wahrer sozialistischer Wirtschaft, ist Unübersichtlichkeit — Uebersichtlichkeit. Ohne Uebersichtlichkeit ist keine sozialistische Wirtschaft möglich. Man muß wissen: was ist vorhanden, welchen Wert hat das Vorhandene und was kann mit dem Vorhandenen geschaffen werden? Man muß die Wirtschaft verehrlichen, indem man alles darlegt, alles aufzählt, was sie enthält. Notwendig ist demnach eine Wirtschaftsvermögensaufstellung, eine Aufstellung des Gesamtvermögens der Wirtschaft und eine Prüfung auf den Gesamtwert dieser Wirtschaft. Die Wirtschaft muß inventarisiert werden. Die Aufhebung des Privateigentums, die sofort erfolgen muß, hat nur dann Sinn, wenn man bald weiß, woran denn eigentlich das Privateigentum aufgehoben wurde. Wenn man weiß, wie viel Maschinen, wie viel Gebäude, wie viel Warenbestände, wie viel Immobilien und Mobilien vorhanden sind. Wenn man ferner weiß, was mit den Produktionsmitteln der einzelnen Betriebe, der Industrie und Landwirtschaft, der gesamten Wirtschaft geschaffen werden kann. Wenn man also eine Aufstellung des vorhandenen Vermögens und eine möglichst zuverlässige Schätzung der Produktionsmöglichkeiten besitzt. Wenn man weiß, daß in einem Kohlenbergwerke, in einer Maschinenfabrik so und so viele Maschinen, Seile, Produktionsmittel aller Art vorhanden sind und wenn man ferner weiß, welche Produktionsmengen mit einer bestimmten Arbeiterzahl aus diesen Produktionsmitteln herausgeholt werden können.

Man muß demnach einen Inventarisierungsplan haben. Man muß einen Plan zur Uebersichtlichkeitsmachung haben, einen Plan, dessen Durchführung die Vermögensaufstellung und die Aufstellung der Produktionsmöglichkeiten garantiert. In jedem Betriebe, in jedem Industrie-, Gewerbe-, Handelsbetriebe, in der Landwirtschaft, überall haben die Räte, die Arbeiter- und Bauernräte sofort nach Proklamation des neuen Systems die Inventarisierung zu beginnen. Sie haben aufzuzeichnen, ehrlich aufzuzeichnen, was an Vermögensstücken, Grund und Boden, an Maschinen usw., an Vorräten, an arbeitenden Menschen vorhanden ist. Die Produktion kann weitergehen, während das geschieht. In einem bestimmten Termin muß diese Bilanz fertig sein, es bedarf keiner langen Zeit. Das wissen wir aus der Kriegswirtschaft. Die Kriegswirtschafts-Organisationen haben oft kurze Aufstellungszeiten vorgezeichnet und Nichtinhaltung mit Strafen bedroht. Die Vermögensstücke müssen reiflos aufgezählt werden, ebenso reiflos die Durchschnittsproduktion der letzten Jahre mit der dazu erforderlichen Arbeiter- und Angestelltenzahl, ferner die erforderlichen Rohstoffe, Halbfabrikate, die neuen Maschinen, Apparate, alles, was ein Betrieb, eine Landwirtschaft zur Erzeugung einer normalen Produktion bedarf. Es ist also nicht nur eine Vermögensaufstellung, eine gewöhnliche Bilanz, sondern auch eine Aufzeichnung der Produktionsmöglichkeiten und der Produktionsnotwendigkeiten. Es ist eine Bilanz des Vorhandenen und eine Schätzung des Werdenen. Sofort nach Proklamation des neuen Systems sind die Arbeiterräte von den aus ihnen herausgewachsenen Organisationen aufzufordern, diese Aufstellungen und Schätzungen vorzunehmen. Damit wir wissen, was wir haben, was jeder Betrieb, jede Landwirtschaft hat, damit wir ferner wissen, was jedem Betriebe, jeder Landwirtschaft zuzuwenden ist. Eine Abschlusstatistik hat dieser Aufstellung zu ergänzen, damit man weiß wieviel Produkte im Durchschnitt der letzten Jahre abgesetzt worden sind und wofür die Produkte, an welchen Markt, an welche Märkte, sie geliefert wurden. Die Folgerungen daraus, die praktischen Folgerungen daraus, die Rohstoffverteilungen, die Halbfabrikatverteilungen, die Absatzverteilungen sind im Einvernehmen mit den zentralen Räteorganisationen zu betreiben.

Fortsetzung folgt

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Festigung auf dem Rohhautmarkt.

Das „B. L.“ meldet: Die Tendenz auf dem Häute- markt hat sich weiter befestigt. Die Preise auf den Auktionen bewegen sich langsam nach oben. Die Durchschnittspreise sind denn auch nicht unerheblich gestiegen, sie betragen im Moment des größten Tiefstandes der Abwärtsbewegung etwa 6 bis 8 Mk. für die verschiedenen Gattungen Großviehhäute, während jetzt der Durchschnittspreis auf 9 bis 13 Mk. beziffert werden muß. Die Nachfrage kommt aus Kreisen der Erzeuger; der Handel, vor allen Dingen die Spekulanten, beteiligen sich nur wenig am Geschäft. Bevorzugt sind schwere Gattungen für die Bodenleder- erzeugung. — Dieselbe Bewegung zeigt sich auf dem Weltmarkt. Südamerika meldet feste Stimmung und umfangreiche Verkäufe in bekannten guten Provenienzen. Nordamerika ist auch fest. Die Londoner Wochenversteigerung brachte eine weitere Aufwärtsbewegung. Der holländische Markt ist sowohl für überseeische als inländische Häute wesentlich lebhafter und fester, nur die letzten Pariser Häuteversteigerungen waren wieder matt. Die Preise fielen dort etwa um 25 Proz.

### Montanabschluß.

Der Konzern Gelsenkirchen hat in der zweiten Hälfte 1919 so günstige Ergebnisse erzielt, daß nicht nur der Verlust der ersten vier Monate, der 1. St. auf annähernd 25 Millionen veranschlagt wurde, ausgeglichen ist, sondern noch eine Dividende von 11 v. H. verteilt werden kann. Man sieht, wie gut den Werken die „sozialistische“ Preispolitik bekommen ist!

### Die antisozialistische Koalition.

Nach einer Münchener Meldung der „Frei. Zeitung“ ist eine südbayerische Gruppe des Eisen- und Stahlwarenerverbandes in Elberfeld ins Leben gerufen worden. Zu den hauptsächlichsten Aufgaben des Verbandes gehört u. a. Bekämpfung aller Sozialisierungsbestrebungen und Aufrechterhaltung einer freien Wirtschaft unter Ablehnung jedes Zwanges. Trusts, Syndikate usw. gehören nach Meinung dieser Herren wahrscheinlich zur „freien Wirtschaft“!

### Die natürlichen Gegner der Sozialisierung.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte an die Ministerien für Reichswirtschaft, Arbeit und Reichsernährung und Landwirtschaft eine ausführliche Denkschrift gerichtet, in der er für eine gemeinschaftliche Organisation der deutschen Holzwirtschaft eingetreten war und dieselbe zur Abwendung ähnlicher Wirtschaftskrisen wie der gegenwärtigen als notwendig hingestellt hatte. Der Verband deutscher Bau- und Holzhandwerker hat sich in seiner Versammlung am 7. Juli er. einstimmig gegen die Pläne der Sozialisierung des Holzhandels ausgesprochen.

## Aus der Partei.

### Die Fraktionsvertreter in den Reichstags- Ausschüssen.

In ihrer Sitzung vom 5. Juli bestimmte unsere Reichstagsfraktion ihre Vertreter in den verschiedenen Ausschüssen. Wir geben nachfolgend ihre Namen, damit unsere Genossen im Lande wissen, an welche Fraktionsmitglieder sie sich in Spezialfragen wenden können. Hauptauschuß: Crispian Henke, Ledebour als ständige Mitglieder. Petitionen: Barth, Vertel, Frau Rarg, Niskan, Teuber. Volkswirtschaft: Dittmann, Herz, Jüdel, Lipinski, Simon. Sozialpolitik: Frau Agnes, Braß, Brandes, Dr. Moses, Frau Rehmig. Auschuß zur Ueberwachung der Verfassung: Dittmann, Dr. Rosenfeld. Untersuchungsausschuß: Dr. Breitfeld, Eichhorn, Dr. Herzfeld, Lony Ender, Süder. Steuer- auschuß: Düwell, Eichhorn, Fleißner, Dr. Kurt Geier, Frau Wurm. Kapitalmarkt: Düwell, Bogherr. Auschuß für Bevölkerungspolitik: Beckmann, Kunert, Wackwitz, Wurm, Zieh. Wohnungsausschuß: Kühn, Künstler, Merkel, Rosemann, Zubeil. Wahlprüfungsausschuß: Dr. Rosenfeld. Elektrizitätsauschuß: Dettlinghaus. Reichs- schuldenkommission: Brühl. Verbilligung der Verwaltung: Freunig, Karsten, Niskan, Schwarz, Ueberwachungsausschuß betr. Ausführung des Friedensvertrages: Fries, Merkel. Geschäftsausschuß: Dittmann, Fritz Geier, Ledebour, Dr. Rosenfeld.

# Literatur.

Moskau 1920.

Dr. Alfons Goldschmidt, der soeben von einer Wirtschaftsstudienreise aus Sowjetrußland zurückgekehrt ist, wird im Ernst Rowohlt-Verlage, Berlin W. 35, binnen kurzem Tagebuchblätter „Moskau 1920“ und ein umfangreiches Werk „Die wirtschaftliche Organisation Sowjetrußlands“ erscheinen lassen. Dieses Buch gibt zum ersten Male auf Grund reichhaltigen Materials und eigener Beobachtungen ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Organisation Sowjetrußlands.

# Aus der Provinz.

Jauer.

Vor wenigen Tagen sprach hier Genosse Franz Dreslau in öffentlicher Versammlung mit gutem Erfolg. In der Diskussion meldeten Gegner sich nicht zum Wort. Zu Beginn der Versammlung wies Genosse Kästing persönliche Angriffe der S. P. D.-Leute, die sie dauernd in infamer Weise hintertäts gegen ihn ausführten, zurück. Unsere Bewegung macht erfreuliche Fortschritte.

# Locales.

Dreslau, den 15. Juli.

Volkerversammlung der politischen Arbeiterräte Freitag, den 16. d. Mts., 7 1/2 Uhr, in den Eisenfäden. Wichtigste Tagesordnung. Der Volkensrat.

# Verhaftete „Elite“-Offiziere.

Die „Dresl. N. N.“ melden: „Am Freitag vergangener Woche ist in seiner Wohnung Friedrich-Wilhelm-Straße 4 der durch verschiedene Zwischenfälle mit dem Entente im Baltikum bekannt gewordene Hauptmann Schoke durch drei uniformierte Schenkente verhaftet worden.“ Der Kulo befindet sich jetzt im hiesigen Untersuchungsgefängnis.

# Epithelreinfall.

Epithelberichte kommen aus allen Ecken und Enden Deutschlands. Rote Armeen werden aus dem Boden gestampft, Loßspigel sind an der Arbeit und produzieren

Marktravalle. Es wieh das Blau vom Himmel herunter. Breslau hat noch keinen „Butsch“ gehabt, die Arbeiterschaft fällt auf Provokationen nicht herein. Aber die Spigel sind ernstig bei der Arbeit.

Eine Schifferfamilie, kinderloses Ehepaar, bot sich an, den ältesten Sohn des Genossen Schlich während der Ferien mit aufs Schiff zu nehmen. Der Schiffer, der aus Stettin kam, wählte sich von Fürstberg Ober an und war, daß er (der Sohn), falls noch keine Ferien sind, freigestellt wird, da der Kahn Dienstag oder Mittwoch in Breslau ein treffen würde. „Ja, ja, da gibt es Arbeit!“ Polizeipräsident und Generalkommando wurden auf die Beine gebracht. In Schwusen oberhalb Glogau kam ein Dampfschiff mit Kriminalpolizei an Bord und suchte nach Waffen. Der Schiffer dachte sich weiter nichts dabei: so etwas ist ja heute im freiesten Land der Länder keine Seltenheit. Aber das Dampfschiff begleitete den Dampfer bis Breslau. Hier angelangt, kamen wieder Kriminalpolizei und der berühmte Reichswasserschuh und durchsuchten alles nach Waffen. Der Schiffer, der immer noch nicht wußte, um was es sich handelte, sagte, so einen Schiffer könnte es doch wohl nicht geben, der für die Polen Waffen mitbrächte, worauf die Polizei antwortete, sie können ja auch für Sparta fus sein. Nun fiel dem Schiffer die Postkarte ein und er sagte: „Meine Herren, das hätten Sie leichter haben können, wenn Sie morgen gekommen wären, so hätten sie das Kind, aber keine Waffen gefunden.“

Hat die Polizei wirklich nichts wichtigeres zu tun, als den albernsten Spitzelkügen Glanzen zu schenken? Und ein Herr Ernst wart es noch, sich als geistiger Nachkomme der Männer anzugeben, die zur Zeit des Sozialistengesetzes den Kampf gegen die Spigel der Bismarck und Kautskamer bestanden mußten! Einen Kampf, der trotz allem nicht so schwer war, wie der Kampf gegen die Spigel der Eugen Ernst und Konforten.

Nun, zur Regulierung der Ober ist kein Geld da. Der Magistrat von Glogau hatte beim Oberpräsident Notstandsarbeiten für die Regulierung der Ober befürwortet, das mußte aber abgelehnt werden, da es die Finanzlage des Oberlands nicht gestattete. Aber der lustige Reichswasserschuh muß erhalten bleiben. Notstandsarbeiten können nicht ausgeführt werden, die Arbeitslosen verrecken. Aber der Reichswasserschuh verpulvert das Geld mit Vergnügungsfahrten. Arbeiter wie lange noch?

# Stadtverordnetenversammlung.

Begegnenes Montag fand die letzte Sitzung des Stadtparlamentes vor den Ferien statt. Es wurde die Vorlage des Magistrats angenommen, bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Anleihe von 20 Millionen für den Kleinwohnungs-

bau auszuführen. Bei der Besprechung der Magistratsvorlage eines 3 Millionen-Kredits für die Stadtverordnetenvereine berechneten, verlangte der Herr Kommissar Schade für jetzt und vollständige Ausführung der Zwangsversicherung in Breslau. — Der S. P. D.-Mann Neulich wurde als beauftragter Stadtrat von Oberbürgermeister der Versammlung vorgestellt. Dabei sagte der Oberbürgermeister, wie die „Balkwacht“ freudigst behauptet u. a.:

„Ich weiß, wie schwer es Ihnen oft geworden ist, den Grundgedanken, daß das Wohl der Stadt über allem steht, vorausgesetzt dem Wohl einzelner Klassen, vorausgesetzt dem Wohl der Partei.“

Der Herr Neulich ist es also oft schwer gefallen, das Wohl der Stadt über das Wohl einzelner Klassen (Brotarbeit) zu stellen.

# Die Fleischermeister

ewig bekannt als eingetragene Epochen und latente Hoffnungen liegen Montag durch ihren angestellten Sündigen Rechts- und Fleischereivartrat Fuchs, im Konzerthaus in öffentlicher Versammlung wieder mal erklären, daß die verurteilte Zwangsversicherung die praktisch längst mehr als lieb durchschert) unbedingt sofort, spätestens aber bis 15. August aufgehoben werden müsse. Die freie Wirtschaft bringe Heil und Segen — für die Kassen der Fleischermeister. Das ist bekannt und mir zweifelhaft auch nicht, daß die Fleischer mit Hilfe ihrer Regierung usw. bald erreicht haben werden, was sie wollen: Noch mehr gefüllte Kassen für sie und noch weniger Kaufsmöglichkeit für die breiten Volksmassen.

# Schau, Schau.

In der Sonntag-Nummer der „Schles. Tagespost“ lesen wir in einem Artikel: „Der polnische Zusammenbruch“ u. a. folgende bemerkenswerte Sätze:

„Das gegenwärtige Regime in Polen zeichnet sich durch seine besondere Abscheulichkeit aus. Die polnische Sozialdemokratie (gemeint ist die ganz erbärmliche, scheidermännische S. P. D. D. Red. d. „Arb.-Ztg.“) arbeitet mit diesen abscheulichen Elementen Hand in Hand. Sie ist antibolschewistisch, antideutsch und gegen jede kulturelle Hebung Polens. . . . Kommunisten gibt es bekanntlich wenige in Polen und wo sie auftauchen, werden sie entweder erschossen oder ins Gefängnis gesperrt.“

All diese Sätze und andere mehr sind vollkommen richtig. Wie wäre es aber, wenn die Polen gegenüber so wahrheitsgetreue „Tagespost“ dieselben Sätze auch auf Deutschland bezöge? Sie würden ebenfalls der Wahrheit entsprechen. Aber da kann man natürlich lange warten.

Achtung! Ortsgruppenführer des Stadt- und Landkreises Breslau, Sonntag, den 18. Juli, vorm. 9 Uhr im Parteilokal, Nikolaistr. 40/50, Kreisversammlung. Unabdingtes Erscheinen ist Pflicht, da sehr wichtige Besprechung. Die Kreisleitung, i. A.: P. Dörner.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt Dagobert Lubinski; für die Literatur Fritz Ubrich; Druck: Buchdruckerei Köpfel & Dangel, sämtlich in Breslau.

**Stadttheater.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Femina.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Das höhere Leben.

**Jobe-Theater.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Paganini.

**Chalie-Theater.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Scherk's Solos.

**Schauspielhaus.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Die Schwestern von Asten.

**Die Götterdarstellung.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die Zerstörung Jerusalems.

**Die Kaiserin.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die Kaiserin.

**Die Kaiserin.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die Kaiserin.

**Viktorias-Theater.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Alma, wo wohnst Du?

**Figaro-Theater.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Figaro.

**Salzburger-Theater.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Salzburger.

**Das neue Schlager-Programm!**

**Kranke**

**H. Klose**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Jodel-Idylle**

**Freitag bis Montag**

**Die Braut des Spais**

**Union-Theater**

**Sonne u. Schatten**

**Der Klub der Diebe**

**Walhalla-Theater**

**Die Anstrengung**

**Zeltgarten**

**Das neue Schlager-Programm!**

**Kranke**

**H. Klose**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Kabarett Kakadu**

**Hilse Bernd Gerda Gerd**

**Der Plan der Drei**

**Schiesswender**

**Theater-Gastspiel**

**„Gib mich frei“**

**Eintrittskarten im Vorverkauf**

**LIEBICH-Theater**

**Zur wilden Hummel**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Eden-Theater**

**Der Plan der Drei**

**Mortens**

**Mein Name ist Spiesecke**

**Militär**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Altmetalle**

**Proletarier aller Länder vereinigt Euch**

**Der gute HENNING-CREME**

**Raucher**

**Einfache Möbel**